



Konrad
Adenauer
Stiftung

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

WO BITTE GEHT'S ZUM GENERATIONENKONFLIKT?

POLITISCHE EINSTELLUNGEN JUGENDLICHER
UND JUNGER ERWACHSENER IN DEUTSCHLAND

SABINE POKORNY



ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID: 53323-1304-1041



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.*

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-944015-58-3

INHALT

5	1. VORBEMERKUNGEN
7	2. GIBT ES EINEN EINSTELLUNGSWANDEL?
10	3. BEGRIFFE UND ASSOZIATIONEN
14	4. PROBLEMLAGEN
18	5. POLITISCHE SORGEN
24	6. WAHLVERHALTEN
28	7. SCHLUSSBEMERKUNG
32	DIE AUTORIN
32	ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

1. VORBEMERKUNGEN¹

Es gibt einige Studien und Untersuchungen, die sich die Lebenswelt und die Einstellungen der Jugendlichen genau ansehen. Eine der bekanntesten und umfangreichsten ist die Shell Jugendstudie, von der es mittlerweile 16 Stück gibt. In der Shell Studie werden viele Bereiche des jugendlichen Alltags und ihrer Einstellungen erhoben, unter anderem wird auch dem Bereich Jugend und Politik ein eigenes Kapitel gewidmet. Dennoch ist dieser Bereich nur einer unter vielen, so dass die politischen Einstellungen Jugendlicher nicht so intensiv erhoben wurden, wie es aus Sicht einer politischen Stiftung wünschenswert gewesen wäre. Zusätzlich werden nur Jugendliche in der Studie untersucht. Ein Vergleich mit anderen Altersgruppen findet nicht statt, so dass keine Besonderheiten der Jugend herausgearbeitet werden können².

Daneben gibt es einige Studien, die sich nicht primär mit der Jugend, sondern mit den Unterschieden zwischen den Generationen beschäftigen und den Vergleich in den Vordergrund stellen³. Diese Analysen enden jedoch häufig bei den Jahrgängen 1969 bis 1975. In Ausnahmefällen wird noch eine Generation ab 1975 untersucht. Doch wir schreiben das Jahr 2013, die heutige Jugend ist deutlich später geboren. Versteht man unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Menschen zwischen 16 und 29 Jahren, handelt es sich um die Geburtsjahrgänge zwischen 1983 und 1996. Über diese Gruppe und ihre Einstellungen gibt es bisher wenige Untersuchungen, die Vergleiche der Altersgruppen ermöglichen.

Deshalb hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer repräsentativen Umfrage unter 2.074⁴ Befragten grundlegende politische Einstellungen und Wahrnehmungsmuster von Politik in Deutschland untersucht. Die telefonische Befragung wurde zwischen dem 17. September und 2. Oktober 2012 von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. In die Umfrage sind Ergebnisse der qualitativen Befragung zum Thema „Volksparteien“ eingeflossen, die 2011 durchgeführt wurde. Um die 16- bis 29-Jährigen gesondert untersuchen und mit den anderen Befragten kontrastieren zu können, wurde eine Überquote dieser Altersgruppe gezogen. Das heißt, der Anteil der 16- bis 29-Jährigen an der Stichprobe ist höher als in der tatsächlichen Bevölkerung.

Die Studie soll Aufschluss geben über folgende Fragen:

1. Wie unterscheiden sich die politischen Einstellungen der Jugendlichen von denen der anderen Altersgruppen?
2. Sind die Jugendlichen tatsächlich politikverdrossener als die älteren Menschen, wie in den Medien häufig angenommen wird?

- 1| Teile dieser Studie basieren auf weiteren Ergebnissen der Umfrage, die gemeinsam mit Viola Neu unter www.zukunftvolkspartei.de veröffentlicht wurden.
- 2| Ähnlich verhält es sich mit einigen Studien zum Medienverhalten von Jugendlichen; siehe u.a. BITKOM, 2011, *Jugend 2.0. Eine repräsentative Untersuchung zum Internetverhalten von 10- bis 18-Jährigen*, Berlin; Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, 2012, *JIM 2012. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland*, Stuttgart.
- 3| Siehe exemplarisch Markus Klein, 2003, *Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55 (1), S. 99-115; Markus Klein, Manuela Pötschke, 2004, *Die intra-individuelle Stabilität gesellschaftlicher Wertorientierungen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage des sozio-oekonomischen Panels (SOEP)*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (3), S. 432-456; Roland Abold, Zoltán Juhász, 2006, *Rückkehr in den Mainstream? Einstellungswandel der Jugend zu Demokratie und Parteiensystem*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*, Wiesbaden, S. 77-97.
- 4| Bei der Umfrage wurde eine Überquote in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen gezogen. Insgesamt wurden in dieser Altersgruppe 766 Interviews realisiert. Die Hauptstichprobe umfasst 1.493 Interviews. In der Auswertung wurde die Überquotierung wiederum durch Gewichtung auf den korrekten Gesamtbevölkerungsanteil gebracht.

2. GIBT ES EINEN EINSTELLUNGS- WANDEL?

Gerade in unserer modernen und schnelllebigen Gesellschaft unterliegen politische Einstellungen einem steten Wandel, da sich der politische und historische Kontext kontinuierlich verändert. Jüngere Generationen werden in anderen politischen Kontexten sozialisiert als die vorherigen Generationen. Die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der 68er-Generation waren andere als die der anderen Generationen. Einige Generationen wurden durch besondere Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung oder den 11. September beeinflusst. Die jetzt heranwachsende Generation¹ könnte z. B. durch die derzeitige Eurokrise geprägt werden. Stimmt die Generationenthese und spielt die politische Sozialisation eine große Rolle, dann müssten sich die politischen Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen folglich von denen der Älteren unterscheiden.

Politische Einstellungen hängen wiederum von Werteinstellungen ab. Eine der bedeutendsten Theorien zum Wertewandel, die davon ausgeht, dass Werte und Einstellungen durch Sozialisation erworben werden, stammt von Ronald Inglehart². Inglehart postuliert, dass ein Wandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten stattfindet. Da in modernen Gesellschaften das materielle Überleben gesichert sei, spielten materialistische Werte eine immer geringere Rolle. Stattdessen breiteten sich postmaterialistische Werte aus, die die Einstellungen beeinflussen. Diesen

Wandel misst Inglehart mit Hilfe eines Indexes, der aus vier Aussagen besteht: „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land“, „Kampf gegen steigende Preise“, „Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“, „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“. Diese Aussagen müssen von den Befragten in eine Rangfolge gebracht werden. Personen, die die ersten beiden Aussagen auf die Plätze eins und zwei setzen, werden als Materialisten klassifiziert. Personen, die die letzten beiden Aussagen präferieren, gelten als Postmaterialisten. Wird eine materialistische mit einer postmaterialistischen Aussage auf den Plätzen eins und zwei gemischt, liegt ein Mischtyp vor. Inglehart nimmt dabei an, dass diese Werte in der Jugend-Phase vermittelt werden und anschließend relativ stabil bleiben. Lebenszykluseffekte sollten nach seiner Theorie keine Rolle spielen. Wenn aber – wie Inglehart annimmt – Generationeneffekte überwiegen, sollten sich deutliche Unterschiede in den Werten und politischen Einstellungen zwischen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der einen und der übrigen Bevölkerung auf der anderen Seite finden lassen.

Überprüfungen der Inglehart'schen These zeigen jedoch, dass vor allem die „Generation Golf“³ wieder stärker zu materialistischen Werten und Einstellungen neigt als die vorangegangenen Generationen. Offenbar kehrt sich der Wertewandel in den jüngeren Generationen wieder um.

Die in unserer Umfrage untersuchte Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren ist jünger als die „Generation Golf“⁴. Da die Zeiten jedoch eher instabiler geworden sind und gesellschaftliche Veränderungen noch schneller verlaufen, wäre anhand der Ergebnisse früherer Studien⁵ anzunehmen, dass auch die nachfolgende Generation nicht postmaterialistischer, sondern wieder verstärkt materialistisch geprägt ist. Dann müssten sich nur geringe Unterschiede in den Werten und den politischen Einstellungen der unter 30-Jährigen und der Gesamtheit der Befragten finden lassen, da sich die Jüngeren wieder stärker an die Älteren anpassen würden.

Es wäre zu erwarten, dass sich die Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem bezüglich Stabilität, Sicherheit und Wohlstand nicht nennenswert vom Durchschnitt der Befragten unterscheiden. Da die These von Inglehart anhand des so genannten Inglehart-Index schon häufig untersucht wurde, überprüfen wir mit unserer Studie nicht, wie sich das Verhältnis aus Materialisten, Postmaterialisten und Mischtypen verändert. Wir wollen anhand verschiedener politischer Begriffe

und Werte wie Tradition, Sicherheit, Freiheit etc. die Einstellungen junger Menschen untersuchen.

- 1] *Die Einteilung der Generationen kann nach unterschiedlichen Gesichtspunkten erfolgen. Häufig wird die 68er-Generation definiert „als die Jahrgänge zwischen 1940 und 1950“; siehe Bundeszentrale für politische Bildung, 2008, Revolution des Alters: Die 68er gehen in Rente, Interview mit Rainer Böhme; <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/52048/68er-in-rente?p=1> [Zugriff am 14. 02. 2013]. Klein spricht dagegen gar nicht von der 68er-Generation, sondern von der APO-Generation, die er bei den Jahrgängen zwischen 1946 und 1953 lokalisiert; vgl. Markus Klein, 2003, Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (1), S. 106. Die Einteilung von und Zuordnung zu Generationen ist daher schwierig und nicht einheitlich. Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 29 Jahren, also den Jahrgängen zwischen 1983 und 1996. Bislang hat sich noch kein Generationen-Begriff für diese Jahrgänge etabliert. Diese Altersgruppe soll beleuchtet und mit dem Durchschnitt verglichen werden, ohne sie jedoch als eine Generation zu bezeichnen. Man könnte durchaus diskutieren, ob es sich dabei überhaupt um eine einzige Generation handelt, oder ob nicht vielmehr schon der Beginn einer weiteren Generation in dieser Altersgruppe enthalten ist. Des Weiteren kann darüber spekuliert werden, welches Ereignis als prägend und damit namensgebend für diese Generation(en) sein könnte. Aus diesem Grund werden hier lediglich Altersgruppen und keine Generationen miteinander verglichen. Dennoch findet aus Gründen der sprachlichen Variation gelegentlich der Begriff „Generation“ Anwendung.*
- 2] *Siehe u. a. Ronald Inglehart, 1977, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton/New Jersey; Ronald Inglehart, 1998, Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt/Main.*
- 3] *Markus Klein, 2003, Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (1), S. 99-115.*
- 4] *Klein verortet die Generation Golf bei den Geburtsjahrgängen von 1965-1975. Vgl. Markus Klein, 2003, Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (1), S. 99-115.*
- 5] *Vgl. ebenda; Markus Klein, Manuela Pötschke, 2004, Die intra-individuelle Stabilität gesellschaftlicher Wertorientierungen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56 (3), S. 432-456; Viktoria Kaina/Franziska Deutsch, 2006, Verliert die „Stille Revolution“ ihren Nachwuchs? Wertorientierungen in Deutschland im Kohorten- und Zeitvergleich, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden, S.157-181.*

3. BEGRIFFE UND ASSOZIATIONEN

Politik ist häufig mit bestimmten Begriffen und Assoziationen verbunden. Einstellungen hängen davon ab, ob Begriffe positiv oder negativ wahrgenommen werden bzw. ob sie überhaupt verstanden und eingeordnet werden. Wir haben die Menschen gefragt, was sie mit bestimmten Begriffen verbinden. Sie konnten angeben, ob sie damit eher etwas Gutes oder eher etwas Schlechtes verbinden oder ob sie mit dem Begriff nichts anfangen können¹.

Einige Begriffe werden von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als positiv wahrgenommen. Dazu gehören die Begriffe „Freiheit“ (97 Prozent), „Zusammenhalt“ (95 Prozent), „Respekt“ (95 Prozent), „Ordnung“ (94 Prozent), „Mitgefühl“ (94 Prozent), „Heimat“ (93 Prozent), „Sicherheit“ (93 Prozent), „Vertrauen“ (92 Prozent), „Stabilität“ (91 Prozent), „Sozial“ (90 Prozent) und „Leistung“ (90 Prozent). Über die positive Bedeutung dieser Begriffe scheint in der Bevölkerung – und auch bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Konsens zu herrschen. Die Befragten unter 30 Jahre unterscheiden sich nicht von der Gesamtheit der Befragten in der Bewertung dieser Begrifflichkeiten.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den jüngeren Befragten und dem Durchschnitt eher gering. Nur in neun von 28 Begriffen differieren die Altersgruppen in der Beurteilung der Begriffe. Davon wiederum werden acht Begriffe von den Jüngeren zu einem geringeren Anteil mit etwas Gutem assoziiert. Nur ein Begriff schneidet unter den jungen Er-

wachsenen besser ab: „Wahlfreiheit für Familien“. 81 Prozent der unter 30-Jährigen verbinden damit etwas Positives, während dies 74 Prozent aller Befragten so sehen. Allerdings hat eine qualitative Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Fokusgruppen gezeigt, dass die meisten Menschen zwar den Begriff gut finden, aber nicht so recht wissen, was damit gemeint ist. Die Interpretation dieses Begriffes ist vielfältig und reicht von der freien Schulwahl bis zur freien Entscheidung, wen man wählt. Daher sollten die hohen Zustimmungswerte nicht überinterpretiert werden.

Weniger Zustimmung der Jüngeren erhalten dagegen die Begriffe „Haushaltskonsolidierung“ (-18 Prozentpunkte), „Liberal“ (-10), „Christlich“ (-9), „Konservativ“ (-9), „Tradition“ (-7), „Soziale Marktwirtschaft“ (-6), „Werte“ (-5), „Demografischer Wandel“ (-5). Diese Begrifflichkeiten werden von der jüngeren Generation weniger gut bewertet als vom Durchschnitt der Befragten. Teilweise werden sie auch explizit schlechter bewertet („Werte“, „Tradition“, „Christlich“, „Konservativ“, „Demografischer Wandel“). Ausgenommen den Demografischen Wandel handelt es sich dabei um Ausdrücke, die eher auf Alt-Hergebrachtes verweisen. Die übrigen Begriffe weisen zwar einen geringeren Anteil an Zustimmung auf, werden aber nicht zwingend schlechter bewertet („Soziale Marktwirtschaft“, „Liberal“, „Haushaltskonsolidierung“). Die geringere Zustimmung resultiert hier aus einem höheren Maß an Ratlosigkeit. 16 Prozent der unter 30-Jährigen können mit dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ nichts anfangen. 33 Prozent der Jüngeren geben an, mit „Liberal“ nichts anfangen zu können (gegenüber 24 Prozent aller Befragten). Am eklatantesten ist der Unterschied bei der „Haushaltskonsolidierung“. 62 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wissen mit diesem Begriff nichts anzufangen. Das sind 20 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt.

Bei all den Unterschieden darf nicht übersehen werden, dass sich die Jüngeren bei vielen Begriffen nicht vom Durchschnitt unterscheiden. Darunter finden sich u. a. Begriffe wie „Heimat“, „Bürgerlich“, „Wirtschaftsnah“, „Mitte“ und „Volkspartei“. Der Begriff „Volkspartei“ schneidet mit nahezu 50 Prozent Zustimmung überaus positiv ab. In einer Umfrage von Infratest dimap aus dem Jahr 2009 zum Vertrauen in Institutionen gaben nur 23 Prozent der Befragten an, sehr großes oder großes Vertrauen in die politischen Parteien zu besitzen². 2008 waren es gar nur 17 Prozent. Die Volksparteien haben dagegen ein wesentlich besseres Ansehen in der Bevölkerung als die politischen Parteien insgesamt.

Zwar haben wir nicht den sogenannten Inglehart-Index erhoben mit den von Inglehart als materialistisch und postmaterialistisch definierten Werten³. Dennoch können einige der Begriffe ungefähr zugeordnet werden. „Freiheit“ gehört zu den Werten, die nicht eindeutig als materialistisch oder postmaterialistisch eingestuft werden können, aber von allen Altersgruppen als etwas Gutes bewertet werden. Dicht darauf folgen einige jedenfalls nicht als postmaterialistisch einzustufende Begriffe wie „Ordnung“, „Sicherheit“, „Vertrauen“ und „Stabilität“. Über 90 Prozent der Befragten und über 90 Prozent der 16- bis 29-Jährigen halten diese Begriffe für etwas Gutes. Wäre es im Zuge von Ingleharts postulierter „Silent Revolution“⁴ tatsächlich zu einem Vormarsch des Postmaterialismus bei der jungen Generation gekommen, würde man bei diesen Werten wohl deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen erwarten. Tatsächlich sehnt sich aber auch die Jugend nach Sicherheit, Stabilität und Ordnung. Dieses Ergebnis ist in Einklang mit einer früheren Studie über Jungwähler, die zeigen konnte, dass die unter 30-Jährigen im selben Ausmaß „in wirtschaftlicher Sicherheit und Wohlstand leben“ für wichtig erachten wie ältere Menschen⁵. Dies sind offenbar Grundvoraussetzungen, die auch in der heutigen Zeit nicht als selbstverständlich angesehen werden, und die vorliegen müssen, bevor andere Werte in den Fokus rücken können.

Begriff: eher etwas Gutes	Gesamt	16-29 Jahre
Freiheit	97	97
Zusammenhalt	95	96
Respekt	95	95
Mitgefühl	94	90
Ordnung	94	93
Sicherheit	93	95
Heimat	93	92
Vertrauen	92	94
Stabilität	91	91
Sozial	90	93
Leistung	90	91
Werte	88	83
Chancen	84	88
Tradition	84	77

Begriff: eher etwas Gutes	Gesamt	16-29 Jahre
Leistungsgerechtigkeit	82	78
Bürgerlich	81	85
Intelligentes Sparen	78	79
Soziale Marktwirtschaft	75	69
Wahlfreiheit für Familien	74	81
Christlich	65	56
Wirtschaftsnah	58	57
Liberal	55	45
Qualifizierte Zuwanderung	53	51
Mitte	48	47
Volkspartei	47	46
Haushaltskonsolidierung	42	24
Konservativ	41	32
Demografischer Wandel	37	32

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012; Angaben in Prozent

- 1| Die genaue Frageformulierung lautete: „Ich nenne Ihnen nun einige Begriffe und würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie mit dem jeweiligen Begriff eher etwas Gutes verbinden, eher etwas Schlechtes, oder ob Sie mit diesem Begriff überhaupt nichts anfangen können. Wie ist das mit...?“
- 2| <http://www.infratest-dimap.de/de/service/presse/aktuell/vertrauen-der-buerger-in-die-politik-gestiegen/> [Zugriff am 17.01.2013]
- 3| Materialistische Werteinstellungen: „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“, „Kampf gegen steigende Preise“; Postmaterialistische Werteinstellungen: „Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“, „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“.
- 4| Ronald Inglehart, 1977, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton/New Jersey.
- 5| Sabine Pokorny, 2012, *Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen*, Sankt Augustin/Berlin, S. 41.

4. PROBLEMLAGEN

Aus den Ergebnissen mehrerer qualitativer Befragungen in den letzten Jahren haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Wählerinnen und Wähler Politik meist nur selektiv wahrnehmen. Es wird zwar über die „große“ Politik gesprochen, man nimmt auch die wichtigsten Themen wahr und macht sich darüber Gedanken, doch richtig wird Politik erst wahrgenommen, wenn man selbst oder sein unmittelbares Umfeld von Maßnahmen der Politik direkt betroffen ist. Nun ist diese Erkenntnis nicht neu, relativiert jedoch auch umgekehrt die Relevanz mancher medialer Diskussion über politische Themen. Die breite Bevölkerung nimmt die diskutierten Inhalte häufig nur wahr, wenn sie einen konkreten Bezug zur eigenen Lebensrealität aufweisen. Andernfalls handelt es sich vorwiegend um Diskussionen zwischen Medien- und Politikvertretern.

In unserer Umfrage wollten wir herausfinden, welche Themen für Gesprächsstoff sorgen. Gleichzeitig sollte die aktuelle politische Problemagenda so wenig wie möglich stimuliert werden, damit nicht einfach die aktuellen Probleme wiederum gemessen werden. Dies ist natürlich nicht zu verhindern. Durch Variationen in der Fragestellung ergibt sich jedoch ein anderes Bild als das der typischen Liste der wichtigsten politischen Probleme.

Zunächst wollten wir von den Befragten wissen, ob sie sich in letzter Zeit über Politik geärgert haben¹. Zwei Drittel aller Befragten gaben an, sich geärgert zu haben. Bei den

Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es nur gut jeder Zweite. Die Jüngeren scheinen sich seltener über Politik zu ärgern als der Durchschnitt. Dabei ärgern sich innerhalb der Gruppe der unter 30-Jährigen die Ostdeutschen (61 Prozent) und die Jüngeren mit Mittlerer Reife (59 Prozent) überdurchschnittlich häufig.

Im Mittel aller Befragten liegt als Ärgernis der Euro bzw. der Eurorettungsschirm mit 22 Prozent der Nennungen weit vorne. Erst mit einigem Abstand mit nur 9 Prozent der Nennungen folgt Politik(er)verdruss. Selbst die Rente belegt nur Platz drei mit 8 Prozent. In Anbetracht der Tatsache, dass jeder früher oder später von dem Thema Rente betroffen ist und das Thema kürzlich intensiv in Politik und Medien diskutiert wurde, erstaunt das Ergebnis. Auf Platz vier befindet sich das Thema Kinderbetreuung und Betreuungsgeld mit 7 Prozent. Verschuldung, Finanzen geben 6 Prozent an. 5 Prozent haben sich über Aktuelles geärgert. Alle weiteren Themen werden von weniger als 5 Prozent der Befragten genannt. Die insgesamt eher niedrigen Nennungshäufigkeiten der einzelnen Ärgernisse deuten darauf hin, dass der Ärger nicht durch spezifische politische Ereignisse oder Entscheidungen verursacht wird, sondern ein diffuses Unbehagen vorherrscht.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nennen ähnliche Ärgernisse wie die Gesamtheit der Befragten. Auffällig ist lediglich, dass die Jüngeren seltener Politik(er)verdruss als Ärgernis angeben (4 Prozent) und sich seltener über das Thema Rente geärgert haben (2 Prozent). Die weit verbreitete These, die Jugend sei politikverdrossener als die übrige Bevölkerung, kann zumindest durch diesen Befund nicht gestützt werden.

Allerdings zeigen Untersuchungen, dass Jugendliche ein geringeres politisches Interesse aufweisen als ältere Menschen². Zudem belegt die 16. Shell Jugendstudie, dass zwei Drittel der Jugendlichen sich nicht aktiv über Politik informieren³. Das geringe Interesse an und Wissen über Politik könnte natürlich auch ein Grund für die geringere Politikverdrossenheit sein. Verdrossen, verärgert oder enttäuscht kann schließlich nur sein, wer sich auch dafür interessiert und damit auseinandersetzt. Wo jedoch Desinteresse und Unwissen überwiegen⁴, kann auch kein Ärger entstehen.

Auch der Bezug zwischen Politik und dem eigenen Leben wird insgesamt nur von einer Minderheit der Befragten hergestellt. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterscheiden sich in der Einschätzung der Betroffenheit von Politik nicht vom Durchschnitt. Nur etwa ein Fünftel gibt an, kürzlich von einer politischen Entscheidung betroffen gewesen zu sein⁵. Junge Männer (22 Prozent) fühlen sich dabei etwas häufiger von Politik betroffen. Weiterhin weisen Jüngere mit Hauptschulabschluss (14 Prozent) eine unterdurchschnittliche Betroffenheit auf. Insgesamt überrascht die allgemein niedrige Betroffenheit von Politik, vor allem angesichts der hohen Zahl an Befragten, die sich über Politik geärgert haben. Das wirft die Frage auf, wie man sich über etwas ärgern kann, von dem man sich gar nicht betroffen fühlt? Ärger an sich stellt schließlich eine emotionale Betroffenheit dar. Eine endgültige Erklärung für diese Diskrepanz kann an dieser Stelle leider nicht vorgenommen werden. Hier wäre weitere Forschung nötig. Es liegt jedoch nahe, dass Politikferne keine Dichotomie (fern – nah) ist, sondern ein Kontinuum, auf dem Betroffenheit und Ärger unterschiedlich stark ausgeprägt sein können. Bei vielen politischen Fragen kann man sich ärgern, ohne selbst konkret betroffen zu sein, z. B. der Afghanistan-Einsatz, Ungerechtigkeit, das Betreuungsgeld oder die Rente.

Die Themenfelder, von denen die Befragten sich betroffen fühlen, unterscheiden sich nur in zwei wenig überraschenden Punkten zwischen allen und den jüngeren Befragten. Die unter 30-Jährigen geben seltener an, von Entscheidungen im Bereich Rente betroffen gewesen zu sein. Dafür wurden sie häufiger von bildungspolitischen Entscheidungen beeinflusst.

Auch bei zukünftigen politischen Entscheidungen fühlen sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ähnlich wenig betroffen wie die übrigen Befragten⁶. Die zukünftige Betroffenheit der unter 30-Jährigen fällt besonders hoch aus unter jungen Leuten mit Hauptschulabschluss (45 Prozent). Zusätzlich zeigen sich leichte Variationen nach Ortsgröße. Der Zusammenhang ist jedoch eher diffus und wird hier daher nicht interpretiert.

Betroffenheit von Politik	Gesamt	16-29 Jahre
Über Politik geärgert	66	53
Kürzlich von politischer Entscheidung betroffen	21	19
Zukünftig von politischer Entscheidung betroffen	34	37

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012; Angaben in Prozent

- 1| Die genaue Frageformulierung lautete: „Wenn Sie einmal nur an politische Entscheidungen denken: Gab es da in jüngster Zeit etwas, worüber Sie sich richtig geärgert haben?“
- 2| Martin Kroh, 2006, *Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*, Wiesbaden, S.185-207.
- 3| *Shell Deutschland Holding (Hrsg.), 2010, Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich*, Frankfurt am Main, S. 134.
- 4| Siehe auch Bettina Westle, 2006, *Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen – Eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*, Wiesbaden, S.209-240.
- 5| Die genaue Frageformulierung lautete: „Gab es seit Jahresbeginn eine politische Entscheidung – egal ob gut oder schlecht -, von der Sie direkt betroffen waren bzw. deren Auswirkungen Sie gespürt haben?“
- 6| Die genaue Frageformulierung lautete: „Einmal unabhängig davon, ob es um Entscheidungen der Bundesregierung oder um Entscheidungen bei Ihnen vor Ort geht: Glauben Sie, dass Sie in den nächsten Monaten direkt von einer politischen Entscheidung betroffen sein werden?“

5. POLITISCHE SORGEN

In unserer Umfrage haben wir zudem die Einstellung zu einigen Themenfeldern gemessen. Wir wollten wissen, wie die Bevölkerung und vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Themen wie Schuldenabbau, Sicherheit, Modernisierung, Leistungsgerechtigkeit etc. stehen.

Insgesamt zeigen sich erstaunlich wenige Unterschiede zwischen dem Durchschnitt der Befragten und den unter 30-Jährigen. Beide Gruppen zählen sich zu etwa zwei Dritteln zu den „kleinen Leuten“. Das bestätigt die Ergebnisse einer qualitativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei der ein großer Teil der Befragten deutlich unterschied zwischen den „kleinen Leuten“ auf der einen und den „da oben“ auf der anderen Seite. Gleichzeitig stimmt nur eine Minderheit der Aussage zu „Die da oben kümmern sich um die Probleme der kleinen Leute“. Überraschenderweise ist die Zustimmung unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen etwas höher als im Durchschnitt. Mit 23 Prozent fällt sie aber immer noch recht gering aus. Insgesamt kann die Mehrheit der Befragten als eher politikdistant beschrieben werden, Jüngere und Ältere gleichermaßen. Die Menschen fühlen sich nicht von Politik betroffen und sind gleichzeitig der Meinung, Politik kümmere sich nicht um ihre Sorgen. Das scheint auf Ältere allerdings noch stärker zuzutreffen als auf die Jüngeren.

Die Selbstzuordnung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu den „kleinen Leuten“ variiert leicht mit dem Geschlecht und der Bildung. Junge Männer (68 Prozent) geben etwas häufiger an, sich zu den „kleinen Leuten“ zu zählen. Junge Befragte mit einem Hochschulabschluss (48 Prozent) nehmen sich dagegen seltener als „kleine Leute“ wahr¹. Ein minimaler Ost-West-Unterschied ist ebenfalls festzustellen. In den neuen Bundesländern leben mehr „kleine Leute“ (69 Prozent) als in den alten Bundesländern (64 Prozent). Keinen Einfluss besitzt dagegen die Konfession². Unter katholischen, evangelischen und konfessionslosen Jugendlichen finden sich in etwa gleich viele „kleine Leute“.

Die Einschätzung, ob sich die „da oben“ um die Probleme der „kleinen Leute“ kümmern, unterscheidet sich vor allem zwischen Jugendlichen aus West- und Jugendlichen aus Ostdeutschland. In den neuen Bundesländern liegt die Zustimmung bei den Jüngeren mit 14 Prozent sogar noch unter dem allgemeinen Durchschnitt. In den alten Bundesländern meinen dagegen 26 Prozent, die Politik kümmere sich. Ein geringer Einfluss der Bildung findet sich ebenfalls. Diesmal stechen die Jüngeren mit Mittlerer Reife heraus. Nur 18 Prozent der jungen Erwachsenen mit Realschulabschluss sind der Meinung, es würde sich um die Probleme der „kleinen Leute“ gekümmert.

Die größten Unterschiede findet man jedoch, wenn man die unter 30-Jährigen noch weiter nach Alter differenziert. Die Befragten bis 20 Jahre stimmen der Aussage „Die da oben kümmern sich um die Probleme der kleinen Leute“ zu 31 Prozent zu. In der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen sinkt die Zustimmung auf 25 Prozent und bei den 25- bis 29-Jährigen stimmen der Aussage gar nur 15 Prozent zu. Selbst innerhalb der Befragten unter 30 Jahre variiert die Zustimmung zu dieser Aussage stark mit dem Alter. Überraschenderweise sinkt die Zustimmung, je älter die Befragten werden. Die Daten zur Allgemeinbevölkerung zeigen sogar, dass die Zustimmung zur Problembewältigung auch in den folgenden Altersgruppen sinkt, bis sie bei den 40- bis 49-Jährigen mit 11 Prozent ihren Tiefstand erreicht. In der Gruppe von 50 bis 59 Jahren bleibt die Zustimmung mit 13 Prozent nahezu konstant. Erst bei den über 60-Jährigen liegt sie mit 19 Prozent wieder etwas höher. Dennoch weisen die jüngsten Befragten die höchste Zustimmung auf. Offenbar setzt mit zunehmendem Alter eine Art Frustrationseffekt ein. Das steht erneut im Widerspruch zur gängigen These, die Jugend sei besonders politikverdrossen.

Nur bei drei weiteren Aussagen unterscheiden sich die 16- bis 29-Jährigen vom Durchschnitt. Die Jüngeren haben weniger Schwierigkeiten, sich den modernen Entwicklungen anzupassen, als der durchschnittliche Befragte. Dennoch meint mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, mit der Schnelllebigkeit nicht Schritt halten zu können. Dieser Anteil ist besonders hoch bei Frauen (67 Prozent) und jungen Befragten mit Hauptschulabschluss (70 Prozent), besonders niedrig dagegen im Osten (55 Prozent) und bei Konfessionslosen (54 Prozent).

Zusätzlich unterscheiden sich Jüngere von der Gesamtbevölkerung in ihrer Einstellung zum Schuldenabbau. Die grundsätzliche Notwendigkeit, Schulden abzubauen, sieht die Mehrheit in beiden Gruppen. Jugendliche und junge Erwachsene sind aber eher bereit, Schulden mit dem Einsatz für die Zukunft unserer Kinder zu rechtfertigen. Auch hier handelt es sich jedoch um eine Minderheit, so dass neue Schulden grundsätzlich von der Mehrheit der Befragten – egal welchen Alters – abgelehnt werden.

Die Zustimmung zum generellen Schuldenabbau fällt unterdurchschnittlich aus unter jungen Frauen (68 Prozent), aber überdurchschnittlich unter Jüngeren mit Hauptschulabschluss (79 Prozent). In der Frage, ob Schulden gemacht werden dürfen, wenn es den Kindern zugute kommt, unterscheiden sich die Geschlechter nicht voneinander. Auch das Bildungsniveau der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat keinen Einfluss auf die Antwort.

Bei den übrigen politischen Sorgen unterscheiden sich die Jüngeren nicht vom Durchschnitt aller Befragten. Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage zu „Ich mache mir Sorgen, dass ich meinen Lebensstandard in Zukunft einschränken muss“. Hier fällt allerdings auf, dass sich die Altersgruppen innerhalb der Jugendlichen und jungen Erwachsenen voneinander unterscheiden. Die Sorge um den Lebensstandard nimmt mit steigendem Alter zu. Dieser Trend setzt sich auch in den höheren Altersgruppen fort. Am größten sind die Sorgen in der Altersgruppe zwischen 50 und 59 Jahre (70 Prozent). Erst bei den über 60-Jährigen sinken die Ängste wieder auf das Niveau der unter 20-Jährigen ab (beide 52 Prozent). Auch wenn sich also die unter 30-Jährigen nicht wesentlich vom Durchschnitt unterscheiden (58:61 Prozent), zeigt sich doch eine deutliche Zunahme der Sorge um den Lebensstandard mit steigendem Lebensalter. Ein Grund hierfür mag sein, dass der Lebensstandard mit steigendem Alter zunimmt und daher ältere Menschen mehr zu verlieren

haben als jüngere. Darüber hinaus sorgen sich jüngere Frauen (61 Prozent), Ostdeutsche (63 Prozent) und Konfessionslose (65 Prozent) in stärkerem Ausmaß. Hinzu kommt ein deutlicher Bildungseffekt. Jugendliche und junge Erwachsene mit Hauptschulabschluss (72 Prozent) sorgen sich besonders häufig, junge Befragte mit Abitur (47 Prozent) hingegen besonders selten.

Angst, abends alleine aus dem Haus zu gehen, hat sowohl unter allen Befragten (23 Prozent) als auch unter den Jüngeren (21 Prozent) nur eine Minderheit. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Bildungsniveaus und den Konfessionen. Junge Frauen (30 Prozent) haben verständlicherweise mehr Angst, alleine aus dem Haus zu gehen. Des Weiteren haben Befragte mit einem Hauptschulabschluss (29 Prozent) überdurchschnittlich häufig Angst. Auch Konfessionslose sind ängstlicher (25 Prozent), wenn es um das abendliche Weggehen geht.

Ein Großteil aller Befragten und der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterstützt das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Die Aussagen „Nur wer bereit ist, etwas zu leisten, sollte auch vom Staat unterstützt werden“ und „Wer mehr leistet, dem sollte es auch deutlich besser gehen“ werden von über 80 Prozent der Befragten befürwortet. Unterstützung nur bei Leistung findet besonders hohe Zustimmung unter Jugendlichen mit Mittlerer Reife (93 Prozent). Dass Leistung sich lohnen muss, ist unter ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (91 Prozent) überdurchschnittlich stark verbreitet. Dass nur unterstützt werden soll, wer bereit ist, etwas zu leisten, findet bei Katholiken (91 Prozent) hohen Anklang.

Auch die Einstellung zu den Volksparteien unterscheidet sich nicht bedeutsam zwischen dem Durchschnitt (40 Prozent) und den jüngeren Befragten (44 Prozent). Die Einschätzung, die Volksparteien verhindern, dass sich Einzelinteressen durchsetzen, variiert nicht wesentlich mit sozialstrukturellen Merkmalen. Die einzige Einflussgröße ist die Unterscheidung zwischen West- und Ostdeutschland. In den neuen Bundesländern wird der Interessenausgleich, den die Volksparteien leisten, von jedem zweiten jüngeren Befragten wahrgenommen. Offenbar besitzt die integrierende Funktion von Volksparteien bei den Jugendlichen in Ostdeutschland ein noch höheres Ansehen als in Westdeutschland.

Die Notwendigkeit von Großprojekten sehen alle Befragten sowie die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu über 70 Prozent als gegeben an. Damit besitzen Großprojekte einen großen Rückhalt in der Bevölkerung. Dieser Rückhalt ist bei jungen Männern (78 Prozent), bei Jugendlichen in Ostdeutschland (79 Prozent) und bei protestantischen (74 Prozent) und konfessionslosen (76 Prozent) Jugendlichen besonders hoch. Dagegen fällt die Zustimmung zu Großprojekten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit niedriger Bildung (67 Prozent) eher niedrig aus.

Insgesamt unterscheiden sich die politischen Sorgen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nur geringfügig von den Sorgen der Allgemeinbevölkerung. Die jungen Leute sind etwas eher der Meinung, die Eliten kümmern sich um die „kleinen Leute“. Zusätzlich stehen sie neuen Schulden offener gegenüber, wenn sie mit der Zukunft der Kinder gerechtfertigt werden. Im Gegenzug haben sie weniger Schwierigkeiten, sich an schnelllebige Entwicklungen anzupassen.

Statements, Antwortkategorie: Stimme voll und ganz/eher zu	Gesamt	16-29 Jahre
Würden Sie sich selbst zu den „kleinen Leuten“ zählen? ³	69	65
Die da oben kümmern sich um die Probleme der kleinen Leute.	17	23
Ich mache mir Sorgen, dass ich meinen Lebensstandard in Zukunft einschränken muss.	61	58
Nur wenn in Deutschland die Schulden abgebaut werden, können wir unseren Wohlstand halten.	71	73
Höhere Schulden sind gut, wenn sie für die Zukunft unserer Kinder gemacht werden.	27	35
Ich habe Angst, am Abend alleine aus dem Haus zu gehen.	23	21
Heutzutage geht alles so schnell, da kann man als normaler Mensch kaum noch Schritt halten.	67	60
Nur wer bereit ist, etwas zu leisten, sollte auch vom Staat unterstützt werden.	81	84
Wer mehr leistet, dem sollte es auch deutlich besser gehen.	88	84
Die Volksparteien verhindern, dass sich nur die Interessen Einzelner durchsetzen.	40	44
Wenn wir die Zukunft Deutschlands sichern wollen, muss es auch in Zukunft große Projekte wie Flughäfen, Bahnhöfe oder Autobahnen geben.	71	72

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012; Angaben in Prozent

- 1| Allerdings ist die Fallzahl in der Gruppe der Jüngeren mit Hochschulabschluss eher niedrig (58 Personen), so dass der Einfluss der Bildung nicht überinterpretiert werden sollte.
- 2| Analog zur politischen Betroffenheit finden sich auch bei den politischen Sorgen leichte Effekte der Ortsgröße. Erneut ist aber fraglich, inwieweit die Ortsgröße tatsächlich einen Erklärungsbeitrag leistet. Daher wurde auch hier auf die Darstellung der Effekte verzichtet.
- 3| Antwortkategorie: „Würde mich eher dazu zählen“.

6. WAHLVERHALTEN

Wenn man nach der Wahlbereitschaft fragt, geben 80 Prozent aller Befragten an, zur Wahl zu gehen. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt die angegebene Wahlbeteiligung im Einklang mit früheren Studien¹ mit 72 Prozent deutlich niedriger. Beide berichteten Werte liegen aber deutlich über den letzten tatsächlichen Wahlbeteiligungsraten der Bundestagswahlen. Es ist anzunehmen, dass die hohen Beteiligungswerte durch eine weit verbreitete Akzeptanz der Wahlnorm zustande kommen, also ein Umfrageartefakt sind.

Die im Folgenden berichteten Werte zur Parteibindung und zum Wahlverhalten sollen nicht zur Projektion von Wahlergebnissen dienen. Dies ist auch gar nicht möglich, da die Stichprobe mit den 16- bis 18-Jährigen auch Befragte enthält, die nicht wahlberechtigt sind. Die Daten sollen einen Gruppenvergleich zwischen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen und der Gesamtheit der Befragten ermöglichen. Auch wenn sich inzwischen das Niveau der einzelnen Parteien verändert haben mag, sollte der Unterschied zwischen den Altersgruppen relativ konstant geblieben sein.

Die niedrigere Wahlbeteiligung der unter 30-Jährigen ist unter anderem auf eine geringere Parteibindung zurückzuführen. Über die Hälfte der jüngeren Befragten gibt an, sich an keine Partei gebunden zu fühlen². Im Durchschnitt aller Befragten liegt dieser Wert mit 44 Prozent zwar immer noch recht hoch, aber doch deutlich niedriger als bei den Jugend-

lichen und jungen Erwachsenen. Eine Parteibindung ist eine große Motivation, zur Wahl zu gehen, da sie die Wahlentscheidung vereinfacht. Wer dagegen über keine Affinität zu einer Partei verfügt, hat in der Regel einen höheren Informationsaufwand, um zu einer Wahlentscheidung zu gelangen.

Der Anteil der ungebundenen Befragten ist unter jungen Frauen (59 Prozent) höher. Zusätzlich fällt der Anteil der Befragten, die angeben, keiner Partei zuzuneigen, bei Jüngeren mit Hauptschulabschluss (73 Prozent) überdurchschnittlich, bei Jüngeren mit Abitur unterdurchschnittlich (41 Prozent) aus. Darüber hinaus gibt es in Ostdeutschland überdurchschnittlich viele Ungebundene (64 Prozent).

Die geringere Bindung an eine Partei bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht vor allem zu Lasten der beiden Volksparteien. Nur 15 Prozent der Befragten unter 30 Jahre geben an, der CDU/CSU zuzuneigen (gesamt: 24 Prozent), und gerade einmal 11 Prozent neigen der SPD zu (gesamt: 17 Prozent). Bei der Nähe zu den übrigen Parteien gibt es hingegen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den unter 30-Jährigen und dem Durchschnitt der Befragten.

Parteineigung September 2012	Gesamt	16-29 Jahre
CDU/CSU	24	15
SPD	17	11
FDP	1	1
Die Grünen	6	8
Die Linke	2	1
Rechte	1	1
Andere	3	6
Keine Partei	44	56
Keine Angabe	1	1

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012; Angaben in Prozent

Von denjenigen Befragten, die angeben, an der Wahl teilzunehmen, wollten im September 2012³ 42 Prozent CDU oder CSU wählen⁴. 30 Prozent entschieden sich für die SPD. Mit 13 Prozent würden die Grünen drittstärkste Partei. Die Piratenpartei würde mit 5 Prozent knapp in den Bundestag einziehen. Alle übrigen Parteien würden nach unserer Umfrage die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen. 4 Prozent gaben an, die Linke wählen

zu wollen. 2 Prozent wollten ihre Stimme der FDP geben. Alle anderen Parteien kamen zusammen auf 5 Prozent (NPD: 2 Prozent; Freie Wähler: 1 Prozent).

Das Wahlverhalten der Befragten unter 30 Jahre weicht nur in zwei Punkten vom durchschnittlichen Wahlverhalten ab. Sie wählen mit 36 Prozent etwas seltener CDU und CSU. Im Gegenzug tendieren sie in unserer Umfrage vom September 2012 mit 11 Prozent häufiger zur Piratenpartei. Der Unterschied in der Wahl der Grünen ist zwischen den Jüngeren und dem Durchschnitt mit nur 3 Prozentpunkten dagegen sehr gering. 16 Prozent der Jüngeren würden sich aktuell für die Grünen entscheiden. Auch bezüglich der anderen Parteien fällt das Wahlverhalten der unter 30-Jährigen eher durchschnittlich aus. 26 Prozent geben an, SPD wählen zu wollen. Jeweils 3 Prozent würden ihre Stimme der FDP und der Linken geben. Eine andere Partei zu wählen, geben 7 Prozent der jungen Befragten an (NPD: 2 Prozent; REP: 1 Prozent; Freie Wähler: 1 Prozent).

Sonntagsfrage September 2012	Gesamt	16-29 Jahre
CDU/CSU	42	36
SPD	30	26
FDP	2	3
Die Grünen	13	16
Die Linke	4	3
Piraten	5	11
Sonstige	5	7

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012; Angaben in Prozent

Das Wahlverhalten der Jüngeren unterscheidet sich auch sozialstrukturell nur geringfügig vom Durchschnitt. Bei den Jüngeren wählen mehr Frauen (20 Prozent) als Männer (12 Prozent) die Grünen. Im Gegenzug geben die jüngeren Männer häufiger ihre Stimme den Piraten (16 Prozent) als die Frauen (5 Prozent).

Zusätzlich zeigen sich leichte Bildungseffekte. Innerhalb der Gruppe der jungen Wähler schneidet die Union bei Befragten mit Hauptschulabschluss leicht überdurchschnittlich ab. Die SPD ist in der Gruppe der Niedriggebildeten dagegen unterrepräsentiert. Bei den Grünen zeigt sich ebenfalls ein starker Bildungszusammenhang. In den unteren beiden

Bildungsgruppen fallen die Anteile der Grünen deutlich unterdurchschnittlich aus. Bei den Befragten unter 30 Jahren mit Abitur können die Grünen dagegen überdurchschnittlich viele Stimmen erzielen.

Der Zusammenhang zwischen Konfession und Wahlverhalten entspricht auch innerhalb der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dem bekannten Muster. Katholiken neigen überdurchschnittlich häufig zur Wahl von CDU und CSU (51 Prozent). Die SPD ist bei den katholischen Befragten dagegen unter- (17 Prozent) und bei den Konfessionslosen überrepräsentiert (33 Prozent).

- 1| Vgl. u. a. Viola Neu, 2012, „Dann bleib ich mal weg“, *Der Mythos der Partei der Nichtwähler*, Sankt Augustin/Berlin; Sabine Pokorny, 2012, *Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen*, Sankt Augustin/Berlin.
- 2| Die genaue Frageformulierung lautete: „Denken Sie einmal an die politischen Parteien in Deutschland. Wenn Sie es insgesamt betrachten: Neigen Sie – alles in allem – einer bestimmten Partei eher zu als den anderen Parteien oder ist das nicht der Fall? [Falls „neige einer bestimmten Partei eher zu“:] Und welcher Partei neigen Sie zu?“
- 3| Ein Vergleich mit aktuellen Daten ist nicht möglich, da i. d. R. Personen über 18 Jahre befragt werden, in der vorliegenden Umfrage aber Personen ab 16 Jahre.
- 4| Die genaue Frageformulierung lautete: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre [und Sie wählen dürften], würden Sie dann zur Wahl gehen? Und welche Partei würden Sie wählen?“

7. SCHLUSSBEMERKUNG

Die vorliegende Studie liefert Hinweise darauf, dass sich die Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen, die der „Generation Golf“ nachfolgt, weniger von der Allgemeinbevölkerung unterscheidet, als häufig angenommen wird.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 30 Jahre bewerten politische und allgemeine Begriffe und Werte sehr ähnlich wie die übrigen Befragten. Auch ihre politischen Sorgen unterscheiden sich nur unwesentlich vom Durchschnitt, ebenso wie ihre politische Betroffenheit. Gleichzeitig weisen unsere Ergebnisse darauf hin, dass Jugendliche nicht so politikverdrossen sind, wie allgemein angenommen wird. Zwar beteiligen sie sich seltener an einer Wahl und sind in geringerem Maße an eine Partei gebunden. Sie sind aber zu einem höheren Anteil der Meinung, die Politik kümmere sich um die kleinen Leute. Zudem haben sich die Jüngeren seltener über Politik geärgert. Wenn sie sich geärgert haben, nennen sie zu einem geringeren Anteil als der durchschnittliche Befragte Politik(er)verdrossenheit als Grund des Ärgernisses. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit der Untersuchung von Abold und Juhász, die feststellen, dass „die allgemein gesunkene Demokratiezufriedenheit und die gestiegene Parteienverdrossenheit die Jugend weniger erfasst [haben] als andere Altersgruppen“¹. Hier darf freilich nicht übersehen werden, dass gleichzeitig das politische Interesse Jugendlicher geringer ausgeprägt ist². Zusätzlich informiert sich die Mehrheit der Jugendlichen nicht aktiv über Politik³. Insofern kann man konstatieren, dass die Jugend zwar

weniger verdrossen ist, möglicherweise aber einfach das nötige Interesse und die nötigen Informationen fehlen, um überhaupt eine Meinung zu Politik zu haben.

Auch wenn mit den vorliegenden Daten kein strenger Test der Inglehart'schen These geplant war, weisen die geringen Unterschiede gerade im Bereich der Werte darauf hin, dass entgegen Ingleharts bekanntem Ansatz keine kontinuierliche Zunahme des Postmaterialismus stattfindet. Werte wie Ordnung, Vertrauen, Sicherheit und Stabilität finden sowohl unter allen Befragten als auch unter den Jüngeren eine sehr hohe Zustimmung. Weiterhin unterstützen die 16- bis 29-Jährigen im gleichen Maße wie der Durchschnitt den generellen Abbau von Schulden sowie das Leistungsprinzip. Die überaus positive Bewertung von Werten wie Freiheit, Zusammenhalt und Respekt legt nahe, dass es sich bei materialistischen und postmaterialistischen Werten nicht um ein „Entweder-oder“, sondern vielmehr um ein „Sowohl-als auch“ handelt, bei dem die verschiedenen Werte und Einstellungen sich nicht gegenseitig ausschließen.

Allgemein kann konstatiert werden, dass der Generationenkonflikt, wie er häufig in Feuilletons thematisiert wird, hoffnungslos überschätzt wird. Zu diesem Ergebnis kommen auch frühere Studien. Falter und Gehring kommen nach eingehender Analyse zu der Schlussfolgerung, dass es sich beim Alter nicht um eine neue Konfliktlinie handelt, wie z. B. die religiöse Konfliktlinie eine ist, die langfristig die Wahlentscheidung beeinflusst⁴. Auch Goerres konstatiert, dass „Parlamentswahlen [...] nicht von einem Gegensatz zwischen Alt und Jung bestimmt“⁵ werden.

Darüber hinaus können Studien zeigen, dass sich die Generationen sogar immer ähnlicher werden. Goerres zieht folgendes Fazit: „Unterschiede im Wahlinhalt verschiedener Altersgruppen sind generationaler Natur und werden immer kleiner“⁶. Eine zunehmende Annäherung der „Generation Golf“ an die vorherigen Generationen zumindest in Bezug auf den Postmaterialismus können auch Klein und Pötschke nachweisen⁷. Auch die Studie von Kaina und Deutsch findet einen Rückgang postmaterialistischer Werte bei den jetzigen Jugendlichen. Die Autorinnen finden Hinweise darauf, dass der „Stillen Revolution“ der Nachwuchs ausgehen könnte⁸.

Einen interessanten und ähnlich gelagerten Befund berichtet Arzheimer in seiner Analyse der Wahlbeteiligung. Die Analyse ergibt, dass das Alter nicht der entscheidende Faktor für die niedrigere Wahlbeteiligung Jüngerer ist. Stattdessen handelt es sich um einen Generationeneffekt. Schon in den ersten Generationen, die auf den Zweiten Weltkrieg folgten, sei die Wahlbeteiligung gesunken:

Die Tendenz zur rückläufigen Wahlbeteiligung [...] zeigt sich in der Gruppe der von 1954 bis 1964 geborenen ebenso stark wie in allen späteren „Null Bock“- „No Future“- „1980er“- und „Wende“-Generationen, die von der Jugendforschung beschrieben wurden.⁹

Aus seinen Befunden leitet Arzheimer den Rat an die Parteien ab, sich nicht zwanghaft an den Jungwählern zu orientieren:

Wenn der Rückgang der Wahlbereitschaft nicht nur die Generation der derzeit jüngsten Bundestagsabgeordneten Anna Lührmann, sondern im gleichen Umfang auch die Altersgenossen von Katrin Göring-Eckardt, Renate Künast, Fritz Kuhn, Monika Griefahn, Ute Vogt, Guido Westerwelle, Christian Wulff oder Angela Merkel betrifft, sind die Parteien vermutlich schlecht beraten, mit vermeintlicher Jugendsprache, Stree[t]ballturnieren [Fehler im Original] oder Bildern von Disco-Fox tanzenden Spitzenpolitikern um Wähler zu werben.¹⁰

Alles in allem häufen sich in der Forschung die Hinweise, dass sich „die Jugend“ nicht so stark von den anderen Altersgruppen unterscheidet, wie allgemein angenommen wird. Insofern kann hier ähnlich wie schon bei der vermeintlichen Geschlechterdifferenz im Wahlverhalten eher von „la (très) petite différence“¹¹ gesprochen werden. Denn um mehr handelt es sich bisher nicht.

- 1| Roland Abold, Zoltán Juhász, 2006, Rückkehr in den Mainstream? Einstellungswandel der Jugend zu Demokratie und Parteiensystem, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden, S. 95.*
- 2| Martin Kroh, 2006, Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden, S. 185-207.*
- 3| Vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.), 2010, *Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt am Main, S. 134.*

- 4| Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen, S. 501.*
- 5| Achim Goerres, 2010, *Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2010, S. 120.
- 6| Ebenda.
- 7| Markus Klein/Manuela Pötschke, 2004, *Die intra-individuelle Stabilität gesellschaftlicher Wertorientierungen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage des sozio-oekonomischen Panels (SOEP)*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (3), S. 432-456.
- 8| Viktoria Kaina/Franziska Deutsch, 2006, *Verliert die „Stille Revolution“ ihren Nachwuchs? Wertorientierungen in Deutschland im Kohorten- und Zeitvergleich*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden, S. 157-181.*
- 9| Kai Arzheimer, 2006, *Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden, S. 333f.*
- 10| a.a.O., S. 334.
- 11| Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, 1990, *Vive la (très) petite différence. Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, S. 109-142.*

DIE AUTORIN

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Sabine Pokorny
Koordinatorin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 44
E-Mail: sabine.pokorny@kas.de*